

FREE SIGHT

Der Uganda-Helikopter

MONIKA ROTH



Der Uganda-Helikopter ist ein Hilfsmittel für Touristen, die ihre Kräfte überschätzen, schlecht ausgerüstet sind oder sich einfach dekadent und noch von kolonialem Vorbild geprägt zu den Berggorillas in Uganda begeben wollen, was sehr anstrengend sein kann. Wenns dann nicht mehr geht, werden sie – für teures Geld – auf einer Sänfte aus dem steilen, bergigen Gelände zurück in ihre Lodge getragen, zum Preis von etwa 600 Dollar pro Person. Für die lokale Bevölkerung ist das finanziell interessant, aber den Respekt vor Touristen fördert es nicht.

Ich habe mich geschämt (und auch amüsiert, ehrlich gesagt), als sich ein paar Touristinnen aus dem Lande Trumps mit uns auf das Trekking zu den Gorillas begaben, bekleidet mit Capri-Hosen und Ballerinas sowie geprägt vom Vorabend, als viel Gin Tonic (gegen Malaria), Champagner (für den Kreislauf) und Rotwein (für den Schlaf) geflossen waren. Die Damen waren sichtbar schlecht drauf und gelangten nie zu den wunderbaren Tieren. Sie ließen sich relativ bald von jeweils vier Trägern ins Camp zurücktragen und winkten cool den anderen zu. Es war lächerlich und deplatziert.

Auch als fehl am Platz erweisen sich Manager, die sich neben ihren wahnsinnig belastenden und zeit- und kräfteraubenden Aufgaben (deswegen sind sie so gut bezahlt) noch Zusatzeinkommen verschaffen müssen und dabei Interessenkonflikte grösster Art eingehen. Das zeugt nicht nur von mangelndem

«Moral im Ballerina-Format passt schlecht zu den Schuhgrössen von Managern.»

Fingerspitzengefühl, sondern auch von einer gewissen Überheblichkeit und Uneinsichtigkeit. Das ist für sich allein noch nicht strafbar und muss Fall für Fall geprüft beziehungsweise gewürdigt werden. Das Strafgesetz schreibt vor, was strafbar ist, und nicht alles, was nicht angeht, wird vom Strafrichter sanktioniert werden. Denn es gilt der Grundsatz: Keine Strafe ohne Gesetz.

Im Strafverfahren gilt die Unschuldsvermutung, die aber nichts daran ändert, dass die Unschuld der Manager oder das Vertrauen in das ganz grosse Führungspersonal oftmals verloren geht. Der Höhenrausch verführt und ein eingetretenes Reputationsrisiko kann Schwäche und Absturz zur Folge haben. Es gibt in dieser Lage, wo der soziale Tod droht, keine Sänfte wie den Uganda-Helikopter. Auch Anwälte reparieren in der Regel den Reputationsschaden nicht. Wer im Business den Aufstieg will, sollte sich im Hinblick auf Treuepflichten, Interessenkonflikte und Anstand schlau machen, sich gegen Verzüglichkeiten richtig vorseehen und konditionieren.

Dazu zählte meines Erachtens, dass man als Topmanager aufhört, alles zu machen, von dem man meint, es sich leisten zu können – das sind ethisch zu kurze Hosen. Und Moral im Ballerina-Format ist bei den Schuhgrössen von Managern wirklich läppisch. So verkommt man zur Witzfigur.

In dieser Kolumne schreiben «Handelszeitung»-Chefökonom Ralph Pöhner sowie Monika Roth, Professorin und Rechtsanwältin, Peter Grünenfelder, Direktor Avenir Suisse, und Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik Universität Freiburg.

► FREE SIGHT

Alle Kolumnenbeiträge im Internet: handelszeitung.ch/freiesicht

Herbst 2008, das Ende von Lehman Brothers: Start eines Populismus-Zyklus?

GETTY IMAGES

Wenn die Welle ausläuft

Politik Die Finanzkrise von 2008 heizte den Rechtspopulismus an. Die Wirkung könnte nun verblassen.

RALPH PÖHNER

Donald Trump war im April 2008 damit beschäftigt, die letzten Teppichmuster seines neuen Hotels in Chicago abzusegnen und eine Golffanlage in Schottland gegen Heimatschützer durchzupauken. Er war in der Demokratischen Partei und fand Hillary Clinton «a very smart woman, very tough woman».

Womöglich begann in dieser historischen Stunde sein Aufstieg ins Weiße Haus. Aber keiner witterte etwas. Alles redete in jenem Frühling 2008 von Bear Stearns, denn in einer Hauruck-Aktion hatte die grosse Investmentbank durch JP Morgan gerettet werden müssen.

Die Finanzkrise, die nun anrollte und ein halbes Jahr später voll losbrach, veränderte die Weltpolitik; der Sturz von Lehman Brothers, das Subprime-Massaker, die nachfolgenden Immobilienkrisen in Südeuropa, die Euro-Krise: Es waren diese Schläge, die Donald Trump nach oben spülten, die das Brexit-Lager zum Sieg trieben, den Autoritären in Osteuropa in den Sattel halfen oder die Landung von AfD, Cinque

Stelle oder Podemos vorbereiteten. Und vielleicht erklärten sie sogar mit, weshalb die SVP in den jüngsten Wahlen in Bern oder in Zürich und Umgebung plötzlich Federn lassen mussten.

Wie das? Weil Finanzkrisen den Populismus stärken. Aber nicht für ewig.

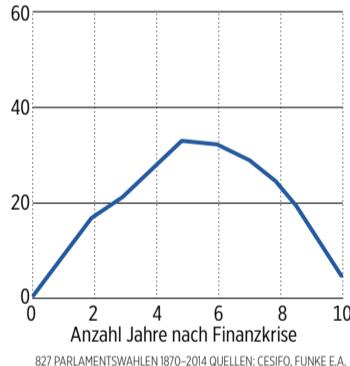
Finanzkrisen ≠ Rezessionen

Das tönt plump, darum sagen wir es wissenschaftlicher: Es gibt offenbar eine Korrelation zwischen Banken- und populistischen Bewegungen. Zu dieser Erkenntnis kommen die Ökonomen Manuel Funke, Moritz Schularick und Christoph Trebesch, nachdem sie Wirtschaftskrisen seit 1870 ausgewertet haben – um sie ins Verhältnis zu setzen mit den Wahlen danach.

Das Ergebnis nach gut 800 Wahlen in zwanzig Staaten war verblüffend zwiespältig. Normale Rezessionen und industrielle Rückschläge gingen ohne drastische Folgen für das demokratische System vorüber, mehr noch: Das Lager der Regierenden wurde oft gestärkt. Ganz anders bei Bank- und Finanzkrisen: Hier tauchten in der Folge kleinere Parteien auf, Extremisten bekamen Zulauf und bedrängten das

Bis 30 Prozent mehr

Veränderung des Wahlanteils von Rechtsaußen-Parteien im Vergleich zu den letzten Wahlen vor Finanzkrise (in %)



Establishment. Wobei nicht etwa die Linke profitierte, sondern eher der rechte Teil des Politspektrums. «Im Schnitt steigerten Rechtsaußen-Parteien ihren Wähleranteil nach Finanzkrisen um 30 Prozent», so ein Fazit der Studie.

«Man würde erwarten, dass eine kapitalistische Krise der Linken nützt», sagt Christoph Trebesch, der am Kieler Institut für Weltwirtschaft lehrt. «Aber das Muster war anders, und zwar nicht nur in den bekannten Fällen der 1930er Jahre oder nach 2007. Auch nach regionalen Finanzkrisen wie in Skandinavien Anfang der 1990er Jahre profitierten vor allem rechte Kräfte.»

Wie das? Die Ökonomen deuten ihre Zahlen mit Vorsicht. Vielleicht macht die Bevölkerung ihre Regierung stärker für Finanzkrisen verantwortlich als für Industriekrisen. Vielleicht empfindet sie Rezessionen eher als natürlich und irgendwie göttlich gewollt. Denkbar sei auch, dass all die Fallschirme für die Finanzindustrie enorm unpopulär sind. Und womöglich motten nach Bankenkrisen auch tiefer Schwellenfeuer – zum Beispiel weil es eher zu giftigem Streit zwischen Schuldern und Gläubigern kommt. Insgesamt jedenfalls entsteht ein Klima von Argwohn und Unsicherheit, das sich anders entlädt, als es Marx erwartet hätte. Zum Beispiel gegen Ausländer statt gegen Geldmagnaten.

Funke, Schularick und Trebesch hatten ihr Papier schon im Oktober 2015 veröffentlicht. Jetzt aber, nochmals drei Jahre später, ist eine andere Erkenntnis daraus aktuell: Der politische Drall der Finanzkrisen – so eine weitere Aussage

– läuft nach etwa zehn Jahren aus. Die Lage normalisiert sich. Die Zahl der Parteien in den Parlamenten oder der Wähleranteil der Rechtsparteien erreicht wieder das Niveau vor der Krise.

Damit wird die Sache spannend: Immerhin könnte diese Erfahrung miterklären, weshalb Donald Trump 2016 über die Ziellinie kam, während Marine Le Pen und Geert Wilders im Jahr darauf überraschend klar scheiterten.

Für Christoph Trebesch, Manuel Funke – ebenfalls vom Weltwirtschaftsinstitut in Kiel – sowie Moritz Schulz-ack von der Uni Bonn bot sich hier Stoff, um weiterzuforschen. In einem neuen Papier fokussierten sie auf die Ergebnisse rechtspopulistischer Bewegungen, das heißt: von Parteien, denen Identitätspolitik wichtig ist und die einen Graben zwischen Volk und Eliten betonen. Dabei warfen sie ein erstaunliches Licht auf die SVP. Die Ökonomen aus dem Norden stellten nun die reizvolle Idee in den Raum, dass sich der Aufstieg der Volkspartei nicht bloss mit EWR, EU und Christoph Blocher erklärt, sondern auch aus der Krise ab 1991. Denn siehe da: Bei den Nationalratswahlen danach legte die SVP um 3 Prozentpunkte zu, vier Jahre später kamen weitere 8 Prozent oben drauf.

Lehman auf schweizerisch

Zwar ist die 1990er-Misere vor allem als Immobilienkrise in Erinnerung. Aber mit dem Zusammenbruch der Spar- und Leihkasse Thun – dem ersten Bankensturm seit dem Weltkrieg –, mit dem kläglichen Ende der Volksbank, mit notleidenden Kantonalbanken erlebten die Zeitgenossen tatsächlich alle Gräuel einer Finanzkrise.

Erst versank die Spar- und Leihkasse Thun, dann kam die SVP hoch.

Nun behauptet keiner, dass sich die Stimmabstimmung so mustergültig ans Drehbuch halten. Auch Christoph Trebesch will aus den Mustern keine fixen Schichten ableiten. «Vielleicht sind die politischen Folgen nun dauerhafter», sagt er. Denn wenn er über Westeuropa hinaus blickt, sieht er: Noch nie waren so viele Populisten an der Macht. «Es scheint diesmal epidemischer zu sein.» Vermehrt können sich die neuen Bewegungen in den Regierungen etablieren. «Ich beginne zu zweifeln, ob wir diesmal zum Vor-Krisen-Status-quo zurückkehren», sagt Trebesch. «Vielleicht rutschen wir von einer populistischen Welle in eine weitere Ära.»

ANZEIGE



Zu verkaufen in St. Niklausen LU

Exklusive 3.5 Zimmer Eigentumswohnung,
127 m², CHF 1'330'000.00.



St. Niklausen

Strüby Immo AG | 6423 Seewen
T +41 41 817 47 47 | www.strueby.ch



Erfolgreich planen – mit Freude bauen